

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 46. Ratssitzung vom 17. April 2019

1163. 2019/81

Dringliches Postulat von Nicole Giger (SP), Andri Silberschmidt (FDP) und 16 Mitunterzeichnenden vom 06.03.2019: Einführung von mediterranen Wochen in Zürich als Pilotversuch

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Dringliche Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Nicole Giger (SP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 979/2019): Mit Freunden einen schönen Sommerabend in einer Gartenbeiz zu verbringen, ist für viele der Inbegriff von Sommer in der Stadt – ein wenig Feriengefühl in Zürich, ein mediterranes Gefühl. Für viele Stadtbewohnerinnen und Stadtbewohner bedeutet das Lebensqualität. Mit dem Vorstoss wollen wir, dass Bars, Restaurants und Cafés in einem Pilotversuch während zwei Sommer zwischen Juni und August jeweils freitags und samstags zwei Stunden länger im Freien wirten dürfen. Die Betriebe, die bis anhin um 21 Uhr schliessen mussten, müssen das dann erst um 23 Uhr. Barbetriebe mit einer Erlaubnis bis 24 Uhr müssten dann erst um 2 Uhr schliessen. Der moderate Vorstoss verlangt nicht etwas Mutiges oder Ausgefallenes, sondern lediglich zwei Stunden am Freitag und am Samstag, zwei Sommer lang für jeweils drei Monate. Andere Städte legen bereits vor. Thun, Basel und Winterthur kennen ähnliche Konzepte. Es geht um Lebensqualität und um eine lebendige Stadt. Es geht einerseits um die Befriedigung eines Bedürfnisses, das in der aufregendsten Stadt der Schweiz zweifelsohne existiert. Andererseits ist das Gastronomie-Business ein besonders hartes Pflaster. Immer wieder müssen Lokale schliessen und viele sind defizitär. Ein solches Postulat kann dabei helfen. Das ist insbesondere der Fall, wenn ein vielfältiges Gastronomie-Angebot begrüsst wird, in dem sich nicht nur wenige grosse Player bewähren können. Wir sind überzeugt, dass die Welt in Zürich keine andere sein wird. Es wird sogar davon ausgegangen, dass die Lärmemissionen nicht zwingend steigen werden. An gewissen Orten können sie sogar abnehmen. Menschen, die in einem Lokal sitzen, sind tendenziell ruhiger, als die, die sich mit ihrem Bier vor dem 24-Stunden-Shop aufhalten. In einem Restaurant ist Servicepersonal vorhanden und die soziale Kontrolle ist aktiv. Auch der Abfall wird entsorgt. Dazu kommt, dass längst nicht alle Betriebe von dieser Regelung Gebrauch machen werden. Längere Öffnungszeiten bedeuten zusätzliche Personalkosten. Das wird nur dort gemacht, wo es sich lohnt. Für die SP ist klar, dass nach dem Pilotversuch eine sorgfältige und umsichtige Auswertung erfolgen muss. Es ist wichtig, dass dann alle Beteiligten miteinbezogen werden: Anwohner, Quartiervereine, Gastronomie-Unternehmen, Personal und Polizei. Lärmklagen werden ausgewertet und mit allen Beteiligten wird das Gespräch gesucht werden müssen. Dass das nach zwei Jahren präzise und umfassend erfolgen muss, steht ausser Frage. Zürich ist eine Stadt, die lebt, pulsiert und lebendig ist.*

Christina Schiller (AL) begründet den namens der AL-Fraktion am 20. März 2019 gestellten Ablehnungsantrag: Was genau in diesem Pilotversuch ausgewertet werden sollte, ist nicht ersichtlich. Wenn die erste Bewilligung erteilt wird, so vermute ich, wird auch die erste Einsprache eingereicht werden. Für eine Verlängerung der Bewirtschaftung braucht es eine Bewilligung. Für die Bar & Club Kommission Zürich ist es opportun, wenn sie länger bewirtschaften können. Die Gerichtspraxis sieht jedoch anders aus. In einem Bundesgerichtsentscheid wurde im Jahr 2018 bestätigt, dass in Innenhöfen die Bewirtschaftung nach 22 Uhr verboten ist. Auch wurde bestätigt, dass der Schutz der Wohnbevölkerung wichtigere Bedeutung hat als das Party-Volk. Mit dem Pilotversuch wird lediglich ein Rechtsstreit ausgelöst, den ihr verlieren werdet. Ausgewertet werden kann so schliesslich nur der Bundesgerichtsentscheid. Immerhin wird das zu einer definitiven Gerichtspraxis führen, die unsere Haltung bestätigen wird. In den letzten Jahren wurde der öffentliche Raum immer mehr kommerzialisiert. Gleichzeitig wurde alles Störende aus dem öffentlichen Raum immer mehr verdrängt. Die Wegweisungspraxis wurde verschärft und die Langstrasse wird illegal überwacht. Die AL lehnt diese Verdrängung und die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums ab.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart Sutter: Der Stadtrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Aber auch mit der Dringlicherklärung ist es nicht möglich, den Pilotversuch bereits in diesem Jahr zu starten. In Zürich besteht einerseits das Bedürfnis nach längeren Ausgangszeiten im Sommer, andererseits besteht aber auch das Bedürfnis der Ruhe der Anwohner. Dieser Konflikt lässt sich nicht auflösen. Wir werden aber den Pilotversuch durchführen und auswerten.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Das Thema muss sehr behutsam angegangen werden, damit nicht das Bundesgericht einschreiten muss. Der Pilotversuch soll wie in Thun gut durchgeführt werden können. Darum bin ich froh, dass STR Karin Rykart Sutter nicht mit überhöhter Geschwindigkeit etwas einführen will, sondern dass wir im Sommer 2020 mit dem Versuch starten können.

Felix Stocker (SP): An unserer Stadt ist schön, dass es Kinder hat, die auf den Plätzen spielen; dass es Blumen an den Fenstern hat; dass sich hinter der schönen historischen Kulisse nicht nur Zweitwohnungen befinden und dass es Menschen gibt, die freiwillig und ohne Profitinteresse etwas für das Quartier leisten. Wir müssen uns überlegen, ob die Innenstadt ein Wohnquartier oder ein reines Geschäfts- und Ausgangsquartier sein soll. Mit dem Vorstoss wird die verletzlichste Gruppe in der Bevölkerung getroffen: Kinder, Familien und ältere Menschen. Wenn diese die Situation nicht mehr aushalten können, leidet auch das Quartier. Innenstadtquartiere sind klein, tragen aber sehr viel zu unserer Stadt bei. Sie können sich nicht gut wehren und sind darum auf einen besonderen Schutz angewiesen. Sie sind nicht professionell organisiert wie eine Bar & Club Kommission, die professionelles Lobbying betreibt. Die heute geltende Nachtruhe wird bei weitem nicht eingehalten. Anstatt dass die Nachtruhe vermehrt abgeschafft wird,

braucht es blockierende Massnahmen, die die geltende Nachtruhe durchsetzen. Heute ist das nicht der Fall. Es bräuchte zum Beispiel mehr SIP-Patrouillen. Es handelt sich um eine besondere Qualität, dass die Innenstadtquartiere auch heute noch richtige Wohnquartiere sind. Das sollte erhalten bleiben. Mir ist klar, dass es in der Innenstadt eine grössere Toleranz braucht. Das haben die Bewohnerinnen und Bewohner. Aber es braucht gewisse Grenzen, so dass alle Menschen in diesen Quartieren leben können. Unsere Innenstadtquartiere waren schon immer Wohnquartiere. An dieser besonderen Qualität von Zürich haben wir alle ein Interesse. Dass der Gemeinderat diese Tatsache angreifen will, macht mir grosse Sorgen. Ich werde das Postulat mit dem Einverständnis meiner Fraktion ablehnen.

Dr. David García Nuñez (AL): *Ich kam in La Línea de la Concepción auf die Welt – eine kleine und äusserst arme Stadt in Spanien. Ihre Einwohnerinnen haben ein immenses Glück: Sie verfügen über einen direkten Zugang zum Mittelmeer. Meine Biographie ist in vieler Hinsicht mediterran. Auch wenn ich nicht an Nationalitäten glaube, ist das Mittelmeer einer meiner ausgewählten Heimaträume. Darum war ich neugierig auf den Vorstoss. Meine Enttäuschung konnte aber nicht grösser sein. Obwohl das Mittelmeer in einer unendlichen Diversität über historische, kulturelle, kulinarische und politische Hintergründe verfügt, die allesamt unserer Stadt in vieler Hinsicht sehr wohl tun würden, bedienen sich die Postulantinnen mit ihrer Definition von «mediterran» beim grossbürgerlichen Bedürfnis nach dem sonnigen, jovialen, aber zu tiefst passiven und faulen Süden. Ohne dass wir es sehen, wird das Postulat von einem roten, ideologischen Faden umgarnt. Das Mediterrane wird exotisiert und zeitgleich zutiefst verabscheut. Die Postulantinnen treten jedoch nicht in eine derartig plumpe Falle. Sie berufen sich auf die neue Autorität in Sachen Mittelmeerdefinition – auf die Stadt Thun. Hier nimmt das Mediterrane eine groteske Endform an: die neoliberale Fantasie einer unendlichen mediterranen Sommerparty, an der sich alle Marktteilnehmerinnen konfliktfrei beteiligen können, als wäre jeder Klassenkonflikt überwunden. Noch schlimmer: Als wäre das Mittelmeer kein Mahnmal für hunderttausende von Menschen, die auf ihrer Flucht starben. Unter dieser Perspektive überrascht es nicht, dass die Postulantinnen keineswegs vom Mittelmeer sprechen, sondern gerade den Reichtum und die Diversität dieses Lebensraums spezifisch verdrängen. Es ist ihnen egal, wie unterschiedlich die Restaurantöffnungszeiten sind. Sie behaupten, dass die Menschen am Mittelmeer länger Party machen können. Der endlose Chill-Event soll in der Spelunke zur Limmatstadt stattfinden. Dagegen wehren wir uns.*

Andri Silberschmidt (FDP): *Nach der AL ist es in Ordnung, wenn ungefragt gestört wird. Aber wenn sich alle an die Regeln halten, wird das abgelehnt. Es geht hier darum, einem gesellschaftlichen Bedürfnis Rechnung zu tragen. Den Menschen soll die Möglichkeit gegeben werden, dass sie spätabends nicht nur in einem 24-Stunden-Shop ein Bier kaufen können, um das auf der Strasse zu trinken. Sie sollen in einem bedienten Lokal draussen ihr Bier geniessen können. Es geht um einen Pilotversuch, nicht um eine definitive Einführung. Schliesslich wollen wir, dass in unserer schönen Stadt das Ambiente am Abend genossen werden kann. Es geht nicht um ein Feiern, bis die Polizei kommt. Der Vorstoss führt sogar zu mehr Kontrolle, weil Angestellte vor Ort sind, die überprüfen können, ob sich die Menschen an die Vorschriften halten. Es geht auch nicht*

4 / 4

um Profite. Im Gastronomie-Bereich kann nicht viel Geld verdient werden und er verfügt auch nicht über eine gute Lobby. Es geht darum, den Menschen in der Stadt die Möglichkeit zu geben, am Abend draussen zu sitzen. Schliesslich geht es auch nicht nur um die Innenstadt. Wir wollen auch den Randkreisen diese Möglichkeit eröffnen. Dementsprechend kann auch der Druck auf die Innenstadt auf die gesamte Stadt verlagert werden.

Roger Bartholdi (SVP): *Die Dringlichkeit bedeutet, dass wir das Postulat nun beraten, nicht erst nach dem Sommer. Der Stadtrat hat somit genügend Zeit für eine Umsetzung und die Einführung im nächsten Jahr. Heute gibt es bereits die 24-Stunden-Gesellschaft. Kleine Familienbetriebe können länger offen haben. Der Lärm kann nicht mit den Öffnungszeiten gelöst werden: Er muss bekämpft werden, wo er entsteht. Die längeren Betriebszeiten sollten getestet werden. Ob das erfolgreich sein wird, wird sich zeigen. Auch in der SVP gibt es verschiedene Meinungen, grundsätzlich sind wir aber offen. Das Postulat liegt im Interesse des bestehenden Gewerbes.*

Das Dringliche Postulat wird mit 77 gegen 27 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat